

## Rezensionen

**Hubertus Knabe: Westarbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Ch. Links Verlag, Berlin 1999, 598 Seiten.**

**Hubertus Knabe: Die Unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Propyläen, Berlin 1999, 590 Seiten.**

Ein behördlich beschränkter Wissenschaftsbegriff und das selbstbewußte Beharrungsvermögen eines Experten haben dazu geführt, daß es zwei Bücher zum gleichen Thema gibt. Das ist einmal Knabe pur und zum Zweiten Knabe plus. Bei Knabe plus - 9 Mitarbeiter der Gauck-Behörde sind mit eigenen Beiträgen im Buch vertreten - bei Knabe plus kommt am Ende weniger heraus als bei Knabe pur im Propyläen Verlag. Das verantwortet letztlich Forschungsleiter Siegfried Suckut, der in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ein rigides und wissenschaftsfeindliches Regime führt. Das Regime selbst indes verantwortet Suckut nicht. Das hat er von seinem Vorgänger Dietmar Henke übernommen und aus Insouveränität und Ängstlichkeit noch mit zusätzlichen Anmutungen zur Duckmäuserei ausgestattet.

Götz Aly nannte in der „Berliner Zeitung“ das von Suckut verantwortete Knabe-Buch eine „Behördendrucksache“. So weit braucht man angesichts einiger Beiträge des Bandes nicht zu gehen, auch wenn es zutrifft, daß hier nur noch einmal systematischer vorgestellt wird, was an anderer Stelle schon bekannt geworden oder publiziert worden ist. Die Irritationen hingegen, die im Kontext der Doppelpublikation auftraten, weisen auf ein Grundsatzproblem der Behördenforschung, an dem sich schon zahlreiche Mitarbeiter dieser Einrichtung gerieben haben. Jürgen Fuchs hat das in seinem Behörden-Roman „Magdalena“ treffend aufs Korn genommen. Festzu-

halten bleibt auch, daß sich die Bildungs- und Forschungseinrichtung der Gauck-Behörde erst durch einen Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages bewegen ließ, einen ihrer zahlreichen Wissenschaftler zum Schwerpunkt Westarbeit des MfS umfänglich forschen zu lassen.

Ironischerweise spricht das Behördenbuch im Untertitel vom „Zusammenspiel“ der Aufklärung und der Abwehr des MfS. Im Behördenclinch kamen sich Aufklärung und Abwehr jedoch reichlich in die Quere, wie der Vergleich beider Bücher zeigt. Im Behördenbuch ist viel von der Planung der MfS-Westarbeit die Rede. Dazu enthält es auch reichlich Material im Dokumentenanhang. Doch wo es darum geht, deutlich zu machen, wie diese Pläne umgesetzt wurden, hüllt man sich in Schweigen. Während in dem allein von Knabe verantworteten Propyläen-Band Roß und Reiter genannt werden, sprich die Namen der im West-Einsatz aktiven Spione und Spitzel, bleibt in dem von Suckut und Mitarbeitern zusammen gestutzten Werk vielfach rätselhaft, wer denn die Pläne der ostdeutschen Geheimdienstleute tatsächlich ausgeführt hat. Besonders eigenartig mutet es an, daß Suckuts früherer Kollege, der Mannheimer DDR-Forscher Dietrich Staritz, überhaupt nicht erwähnt wird. Bei Propyläen kann hingegen nachgelesen werden, was Staritz als IM „Erich“ in mehr als 10 Jahren in den 60er und frühen 70er Jahren des letzten Jahrhunderts für den Dienst geleistet hat. Ob Staritz hauptsächlich als Vertrauensmann des Verfassungsschutzes im SDS und beim „Spiegel“ unterwegs war, oder bis 1973 in erster Linie dem MfS gedient hat, konnte auch Knabe nicht herausfinden. Übrigens ist in dem Behördenband auch über die höchst effiziente Arbeit, die von der Abteilung Desinformation in der westdeutschen Presselandschaft geleistet wurde, praktisch nichts zu erfahren. Auch fand keiner der seit langem be-

kannten Wissenschaftskader des MfS im Professorenstand der West-Universitäten Erwähnung in dem „Aufklärungswerk“, das im Behördengang entstanden ist: Ludwig Bress (Kassel) nicht, Hanns-Dieter Jacobsen (Berlin) nicht, selbst der nur unter dem Decknamen bekannte IM-Professor „Zeit“ (Berlin) nicht. Im Hinblick auf handelnde Personen erweist sich hier eine schon unter Dietmar Henke in der Gauck-Behörde gefällte Grundsatzentscheidung als im Endeffekt verhängnisvoll. Gemeint ist die Prioritätensetzung für eine strukturanalytische Erforschung des DDR-Geheimdienstes. Bei aller Bedeutung, die einem strukturalen Zugang im Falle des SED-Regimes ohne Zweifel zukommt, führt die falsche Schwerpunktsetzung im Falle der Geheimdienstforschung der Gauck-Behörde zur Ausblendung gerade jener konkret erlebten Geschichte in Ost- und West, die zwar einen strukturellen Hintergrund hatte, aber ohne handelnde Personen sich nie ereignet hätte.

In Knabes Propyläen-Band tritt hingegen in einem weit gefaßten historischen Aufriß das Spionage- und Spitzelpersonal tatsächlich auf den Plan. Knabe durchheilt dabei ein weit gestecktes Feld. Zuweilen huscht der historische Hintergrund deswegen nur schemenhaft vorbei und es geht etwas grobkörnig zu. Die ein oder andere starke Hypothese wirkt zudem auf einer dünnen Quellenbasis leicht aufgesetzt. Man weiß jedoch nicht, ob dem Autor dabei die Belege fehlten oder ob er sie nicht präsentieren durfte, da man ihm behördlicherseits die Hände gefesselt hat. Gleichwohl beweist Knabe in weiten Teilen seiner Unterwanderungs-Analyse auf profunde Weise, daß es ein inoffizielle Geschichte der Bundesrepublik gibt, die Mielkes Mannen aus Ost und West gemacht haben. Ob die Reichweite dieser Truppe soweit anzusetzen ist, daß tatsächlich von einer unterwanderten Republik zu reden wäre, muß dahingestellt bleiben. Knabe bietet im Propyläen-Buch

dazu eine Kette von Indizien und Hypothesen hinter dem starken Buchtitel. Die darin enthaltene Unterwanderungsbehauptung bringen jedoch selbst Knabe pur und plus zusammengenommen nicht zur Tragfähigkeit. Sowohl zu ihrer Verifikation als auch zu ihrer Falsifikation bedarf es erheblich weiteren und erweiterten Forschungsarbeiten.

*Jochen Stadt*

**Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1999, Günter Olzog Verlag, 331 Seiten, DM 24,80.**

Beim Prozeß gegen Repräsentanten des Politbüros vor dem 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs im Oktober 1999 begründete Egon Krenz, der Nachfolger Erich Honeckers als Partei- und Staatsschef, seine Nichtverantwortlichkeit für die Todesschüsse an der Grenze u.a. mit dem folgenden Argument: Er habe sich aus antifaschistischer Gesinnung für die Sowjetunion entschieden, die nach Ab-

lehnung der Stalin-Note vom März 1952 ihre westliche Verteidigungslinie an die Elbe verlagerte. Ihm sei es daher unmöglich gewesen, das „militärische Sperrgebiet“ an der DDR-Grenze aufzuheben.

Diese Note firmiert für manche – und nicht nur für Egon Krenz – nach wie vor als „verpaßte Chance“. Gerhard Wettig hat in der Vergangenheit immer wieder diese „Chance“ als Legende bezeichnet.<sup>1</sup> In seinem neuesten Buch bettet der Autor, bis 1999 Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, die Stalin-Note in eine umfassende, auf neu zugänglich gewordenen russischen und deutschen Archiven fußende Untersuchung zur sowjetischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1955 ein. Wollte sie deutsche Einheit? Und unter welchen Vorzeichen?

Einleitend umreißt der beste Kenner<sup>2</sup> auf diesem Terrain seinen Untersuchungsansatz, schildert divergierende Positionen, äußert sich zu Gefahren terminologischer Fehlinterpretationen aufgrund unterschiedlicher Lesarten – man denke nur an das Wort „friedliebend“ – und zur komplexen Quellenlage. Diese habe sich gegenüber Anfang der neunziger Jahre verschlechtert. Selbstkritisch heißt es bei Wettig, daß die Studie den „Charakter eines Zwischenberichts“ trage.

Zu den Voraussetzungen und Grundlagen der sowjetischen Deutschlandpolitik zählt der Autor das Mißtrauen Stalins ge-

<sup>1</sup> Vgl. beispielsweise: Gerhard Wettig, Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952. Wiedervereinigungsangebot oder Propagandaaktion?, in: Deutschland Archiv 15 (1982), S. 130-148.

<sup>2</sup> Vgl. zusammenfassend ders., Sowjetische Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zum Ende des Kalten Krieges, in: Peter März (Hrsg.), 40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz, München 1999, S. 63-98.

genüber dem Westen. Ohne die Einheitsoption ganz ad acta zu legen, stand für diesen im Krieg die Zerschlagung und Aufspaltung Deutschlands im Vordergrund. Doch nach Jalta gewann eine andere Perspektive Oberhand: Stalin wollte nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone die kommunistische Herrschaft sichern, sondern sie auch im übrigen Deutschland erreichen, glaubte er doch an den baldigen Rückzug Amerikas aus Europa.

Entsprechend der von ihm gewählten Periodisierung untersucht Wettig vier Phasen der sowjetischen Deutschlandpolitik. In der ersten Phase von 1945-1947 bekannte sich die Sowjetunion zu den Grundsätzen der Vier-Mächte-Kooperation in Deutschland, auch wenn sich seinerzeit bereits Bruchstellen zeigten. Sie firmierte zwar als Protagonist der deutschen Einheit, schottete ihre Zone aber vor westlichem Einfluß ab und wollte gleichzeitig in den Westzonen durch ein Veto mitmischen. Nach der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 begann die zweite Phase: Die Sowjetunion setzte auf eine stärkere Konfrontationspolitik gegenüber dem Westen (wie dieser gegenüber seinem Bündnispartner), verschärfte die Umgestaltung in der SBZ im Sinne des „Mutterlandes“ und appellierte verstärkt an Kräfte im Westen, sich von der „Spalterpolitik“ zu distanzieren.

In der dritten Phase nach der Gründung der beiden deutschen Staaten verstärkte die Sowjetunion den Versuch, mit Hilfe von Einheitskampagnen die westdeutsche Öffentlichkeit für sich einzunehmen. Die Parole von der Entmilitarisierung spielt dabei eine tragende Rolle. Doch wurde diese mit dem bereits erwähnten Paukenschlag vom 10. März 1952 aufgegeben. Stalin stellte in seiner an die Westmächte gerichteten Note ein vereintes Deutschland auf neutraler Basis mit eigener Wehrmacht in Aussicht. Für Wettig war die Note nicht ernst gemeint. Sie habe

auch nicht den westdeutschen Wehrbeitrag und die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem verhindern sollen. Vielmehr diene sie dazu, den Sturz Adenauers mit Hilfe einer oppositionellen, von antiwestlichen Ressentiments geprägten Massenbewegung zu befördern. Der Autor spricht von „ideologischer Autosuggestion“ Stalins. Dieser, der zudem ein Alibi dafür haben wollte, daß die deutsche Einheit nicht am Osten gescheitert sei, glaubte an unausweichlich auftretende kriegerische Konflikte zwischen den „imperialistischen“ Mächten. Nach dem Scheitern der Note – die Westmächte weigerten sich, ihre Ernsthaftigkeit auszuloten – wurde in der DDR eine verstärkte kommunistische Umgestaltung eingeschlagen („Aufbau des Sozialismus“). War dies nicht vielleicht ein tragendes Motiv für Stalin – nach außen hin die Einheit auf neutraler Grundlage zu propagieren, intern aber den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR voranzutreiben?

Nach dem Tode Stalins beginnt für Wettig eine vierte Phase: der Übergang zur Zwei-Staaten-Politik in Deutschland, die ihren Abschluß mit der Integration der DDR in den Warschauer Pakt findet. Die Schwierigkeiten aufgrund der forcierten Sozialisierungspolitik – sie waren den Sowjets bereits vor dem 17. Juni 1953 zur Genüge bekannt – verlangten einen „neuen Kurs“, für den sich zumal Innenminister Berija stark machte. Der Verfasser wendet sich entschieden gegen die seinerzeit von der sowjetischen Führung kolportierte These, der Politiker habe die DDR dem Westen ausliefern wollen. Tatsächlich gebe es keine plausiblen Anhaltspunkte für entsprechende Überlegungen Berijas.<sup>3</sup> Dieser wurde vermut-

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch die folgende Kontroverse: Michal Reiman, Berija, Malenkov und die deutsche Einheit. Ergänzungen zur Diskussion über die sowjetische Deutschland-Note vom März 1952; Gerhard Wettig, Berija,

lich deshalb liquidiert, weil die neue Führung in ihm einen gefährlichen Konkurrenten sah.<sup>4</sup>

In einem bilanzierenden Abschlußkapitel, das bei den Forschungskontroversen etwas mit der Einführung überschneidet, verwirft Wettig überzeugend die These des Esseners Historikers Wilfried Loth, für den Stalin, einem demokratischen Gesamtdeutschland aufgeschlossen gegenüberstehend, an einer Einverleibung der DDR in das sowjetische Machtgefüge kein Interesse gezeigt habe.<sup>5</sup> Der Autor weist in der überaus gründlich recherchierten zeithistorische Studie, die nicht politikwissenschaftlicher Systematisierung huldigt und vielleicht stärker analytisch hätte vorgehen können, überlegen und überlegt das sowjetische Angebot eines neutralen Deutschland als eine Finte nach. Allerdings kommt ein anderer - wichtiger - Aspekt zu kurz: Wäre dieses im Falle seiner Ernsthaftigkeit anzunehmen gewesen? Skepsis ist angebracht. Denn es erübrigt sich, ein Angebot, das als inakzeptabel gilt, auf seine Glaubwürdigkeit hin auszuloten. Einheit in Freiheit unter neutralen Auspizien barg für das westliche Deutschland ein solches Risiko in sich, daß es für die Westalliierten kaum verantwortbar gewesen wäre, darauf einzugehen.

Wer sich am Titel orientiert, findet drei Varianten, vom Modell des geteilten Deutschland abgesehen: Einheit in Freiheit unter westlichem Vorzeichen; Einheit in Freiheit unter neutralem Vorzeichen; Einheit unter kommunistischem Vorzeichen. Für die Sowjetunion kam nach Wettig nur die letzte Variante in Frage. Offenbar war ihr ungeachtet der Rhetorik ein halbes Deutschland ganz lieber als ein ganzes Deutschland halb. In der Tat blieben „Orientierung und Propaganda bemerkenswert konstant“ – in welcher Phase auch immer. Die Sowjetunion war zwischen 1945 und 1955 niemals bereit, den von ihr besetzten Teil Deutschlands aufzugeben.

Wettigs so material- und detailreiche wie souverän, bestimmt und behutsam zugleich, argumentierende Arbeit kommt entgegen der eigenen Intention faktisch der Charakter eines „Endberichts“ zu. Wer die minutiöse Analyse studiert (ihr zufolge wäre ein unmißverständliches Wiedervereinigungsangebot der Sowjetunion für ein neutrales Deutschland Wirklichkeit geworden), fragt sich, wieso Gorbatschow angesichts der Krise 1989/90 als letzten Trumpf nicht die „neutrale Karte“ gezogen hat. Die Sowjetunion wäre damit – anders als 1952 – kein Vabanquespiel eingegangen. Ob der Trumpf sich als ein Triumph erwiesen hätte, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

*Eckhard Jesse*

---

Malenkov und die deutsche Einheit. Eine Erwiderung auf Michal Reiman, DA 3/1989; Michal Reiman, Replik, jeweils in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 456-460, S. 644-647, S. 647-649.

<sup>4</sup> Vgl. Gerhard Wettig, Berijas deutsche Pläne im Licht neuer Quellen, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u.a. 1999, S. 49-69.

<sup>5</sup> Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994. Siehe dazu Gerhard Wettig, Stalin – Patriot und Demokrat für Deutschland?; Wilfried Loth, Kritik ohne Grundlagen. Erwiderung auf Gerhard Wettig, jeweils in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 743-748, S. 749 f.

**Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. (Hg. vom Institut für Zeitgeschichte), Akademie Verlag, Berlin 1999, 544 S.**

Das vorliegende Kompendium von Jan Foitzik, Mitarbeiter der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte München, stellt die bisher umfassendste wissenschaftliche Studie zur Organisations- und Funktionsgeschichte der

SMAD dar. Überzeugend wurde die fachliche und die hierarchische strukturelle Komplexität und Differenziertheit sowie das u. a. daraus resultierende vielfältige, sich oft einer zentralen Koordination verweigernde und für Außenstehende widersprüchlich erscheinende Handlungsspektrum dieses höchsten Besatzungsorgans der UdSSR in Deutschlands herausgearbeitet.

Neben Dokumenten deutscher und US-amerikanischer Provenienz bilden Materialien aus Moskauer Archiven die wichtigste Quellenbasis der Publikation. Hinsichtlich der Einsichtnahme in die russischen Materialien war Foitzik mit ähnlichen Restriktionen konfrontiert, wie sie u. a. bereits von E. Scherstjanoi in ihrer Dokumentation über das SKK-Statut beschrieben wurden (Vgl. ZdF 7/1999, S. 131 f.). Der Zugang zum Zentralarchiv des russischen Verteidigungsministeriums blieb ihm gleich ganz verwehrt. Dazu kommt, daß einige Überlieferungsbestände, z. B. im ehemaligen Archiv der KPdSU, eher nach dem Zufallsprinzip entstanden sind. Unverständlich ist dem Rezensenten, warum Foitzik nur russische und keine deutschen ehemaligen SMAD-Mitarbeiter, wie z. B. St. Doernberg, J. Vogeler und M. Mebel, als Interviewpartner gewinnen konnte.

Unabhängig davon sind die gesichteten Primär- und Sekundärquellen ungewöhnlich umfangreich und für den einzelnen Historiker fast unüberschaubar. Eines der Verdienste Foitziks besteht darin, diese Materialien aufbereitet, strukturiert und analysiert zu haben, was eine weiterführende Forschungstätigkeit und Archivrecherchen zum Gegenstand beträchtlich erleichtern dürfte.

Nicht immer wahrt der Autor bei der Verarbeitung seiner vielfältigen und vielartigen Materialien die erforderliche quellenkritische Distanz. So werden z. B. Dokumente aus dem OMGUS-Bestand (München) und Zeitzeugenaussagen aus dem Archiv der sozialen Demokratie

(Bonn) in ihrer Aussagekraft und in ihrem Wahrheitsgehalt als gleichwertig bzw. gleichrangig mit sowjetischen Quellen betrachtet. Mitunter werden wichtige Fakten- und Zahlenangaben überhaupt nicht belegt.

Die einzelnen Gliederungsabschnitte der Arbeit befassen sich mit der Vorgeschichte, dem unmittelbaren Wirkungs- und Beziehungsumfeld, der Organisationsstruktur, den Führungsgremien und der Kommunikation, den Funktionsmechanismen (Befehlsorganisation und Kontrolle) sowie dem Einfluß der SMAD auf die Tätigkeit und Personalpolitik der Parteien und Selbstverwaltungsorgane in der SBZ. Dabei werden die eigentliche inhaltliche Tätigkeit der SMAD und die übergeordneten Aspekte sowjetischer Deutschlandpolitik kaum erwähnt oder nur zurückhaltend behandelt.

Darstellungsschwerpunkt ist eindeutig der komplizierte Funktionsmechanismus des Wandlungen unterliegenden, nur schwer überschaubaren sowohl militärischen als auch zivilen Besatzungsapparats, wobei eine „ungleichmäßige Dichte zwischen Dokumentation und Analyse“ vom Autor als notwendiger Kompromiß angeboten wird. Bedingt durch die Quellenlage, können Strukturen und ihre Zweckbestimmung vielfach nur durch die beispielhafte Beschreibung von einzelnen Vorgängen, Entscheidungsfällen und Konfliktsituationen erläutert werden.

Ausdrücklich hebt Foitzik den für das spätere Funktionieren der SMAD nicht unwesentlichen Umstand hervor, daß es sowjetischerseits kein längerfristiges Konzept für die Anwesenheit eigener Truppen und Verwaltungsstrukturen im besiegten Deutschland gegeben hat. Wahrscheinlich auch nicht unwesentlich durch diesen Planungsrückstand bedingt, blieb die Militäradministration immer ein auf den operativen Bereich beschränktes, unselbständiges Instrument sowjetischer Besatzungspolitik.

In dem Kapitel über die Organisationsstruktur und Kaderpolitik innerhalb der SMAD hätte das Thema „Deutsche Mitarbeiter“ eine eigenständige Darstellung verdient. Sehr „nachlässig“ sind hier die Ausführungen über die Sowjetischen Speziallager. So wurden z. B. laut Foitzik die meisten Lager erst im Jahre 1946 gebildet.

Ausführlich beschreibt der Autor, mit welchen Folgen unterschiedliche sowjetische Ministerien und zentrale Parteinstanzen auf die unmittelbare Tätigkeit der SMAD Einfluß nahmen. Er geht davon aus, daß die SMAD, die seit ihrer Gründung „miteinander nicht immer vereinbarte Ziele verfolgte“, etwa 1947/48 „eine[r] allgemeine[n] Zielverschiebung infolge einer Konzentration der Gesamtorganisation auf eine Aufgabe [Aufbau des Sozialismus in einem Teil Deutschlands], die vorher nur als Teilaufgabe definiert war“, unterlag. In diesen Zusammenhang ordnet er die in der Literatur immer wieder strapazierte Auseinandersetzung zwischen zwei Cliques in der KPdSU-Führung (Shdanow-Kusnezow und Malenkow-Berija), in der SBZ angeblich vertreten durch Oberst S. Tjulpanow, Leiter der Propaganda- bzw. Informationsverwaltung, und W. Semjonow, Politischer Berater des SMAD-Chefs in Deutschlandfragen im Range eines Botschafters, ein. Hier argumentiert Foitzik auch gegen Auffassungen, die S. Tjulpanow eine bedeutende Stellung in der Militäradministration zuschreiben.

Weiterhin schätzt der Autor ein, daß die SMAD trotz ihres gigantischen Apparates häufig fachlich überfordert, nicht hinreichend informiert und deshalb im Laufe der Zeit mehr und mehr auf sachkundige deutsche Hilfe angewiesen war, die über die Vorbereitung von Entscheidungsunterlagen und Vorbereitung von Beschlüssen hinausging. Die Koordinierung der entsprechenden Aufgaben wurde 1947 der SED übertragen, die damit aus dem „Schatten der Besatzungsmacht her-

vor[trat]“ und ihre Entwicklung vom „nur Postverteiler und Helfershelfer für die SMAD“ zum selbständigen Entscheidungsträger begann. Zusammenfassend definiert der Autor die KPD/SED schließlich als einen durchgängig abhängigen, aber dennoch relativ eigenständigen Einflußfaktor und Bestandteil der Besatzungsstruktur.

Im Gegensatz zu der Darstellung der meist einseitigen Wechselwirkung zwischen der SMAD und den deutschen Strukturen bzw. zwischen ihren Funktionären, die in verschiedenen Abschnitten des Buches eine ausführliche Widerspiegelung findet, ist unter der Berücksichtigung des Umstandes, welche Rolle die Kaderpolitik im kommunistischen Verständnis von Machteroberung und -erhalt spielt, der dreizehnseitige dokumentarische Exkurs *Über die Ergebnisse der Personalpolitik von SMAD und KPD/SED im öffentlichen Dienst* eindeutig zu kurz geraten.

Ein Anhang, bestehend aus Struktur- und Personalübersichten des sowjetischen Teils des Alliierten Kontrollrats in Deutschland und der SMAD, Kurzbiographien wichtiger Akteure und eine kommentierte Auflistung der verwendeten Quellen und Literatur ergänzen das Standardwerk, das allerdings noch viele Fragen zur SMAD offen läßt und, was wiederum positiv zu bewerten ist, auch neue aufwirft.

Peter Erler



**Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 9, Böhlau Verlag, Köln / Weimar / Wien 1999, 376 S., DM 68,-.**

Für die DDR-Forschung vor 1989 schien die Frage nahezu bedeutungslos zu sein, seit dem überraschenden Ende des SED-

Staats vor einem Jahrzehnt ist sie jedoch mehr und mehr ins Zentrum der diesbezüglichen Politik- und Geschichtswissenschaft gerückt - die nach der Rolle und Bedeutung von Opposition und Widerstand in der DDR. Was dem akademischen Betrieb früher nicht als opportun erschien, das ist nun zu einem Thema geworden, das auch über den universitären Bereich hinaus Aufmerksamkeit gefunden hat. Wie fast immer, so scheint es, reagiert die Ausrichtung der Forschung auch in diesem Fall auf einen rasanten Bedeutungswandel seines Gegenstands.

Jemand, der sich zweifelsohne nicht nach den seinerzeit vorherrschenden Konjunkturen von Fragestellungen gerichtet hat, ist der Journalist und DDR-Forscher Karl Wilhelm Fricke. Er hat auch in jenen Jahren und Jahrzehnten, in denen „Wandel durch Annäherung“ angesagt war und ihm deshalb der Wind ins Gesicht blies, auf dem Unrechtscharakter der DDR insistiert und weiter nach Unterdrückung, politischer Justiz und Menschenrechten gefragt. Durch seine Unnachgiebigkeit wurde er zum Pionier einer DDR-Forschung, die erst nach dem Untergang des SED-Staates ihre Scheuklappen verloren hat. Im Unterschied zu den meisten anderen Forschern hatte Fricke jedoch ganz existentielle Gründe, an seinen Erkenntnisinteressen festzuhalten. Als DDR-Flüchtling und Journalist war er Mitte der fünfziger Jahre Opfer einer Entführungsaktion geworden und hatte mehrere Jahre in DDR-Gefängnissen verbringen müssen. Auch in seinem Falle hat die SED sich einen ihrer hartnäckigsten Gegner selber geschaffen.

Für den langen Atem, den Fricke über die Jahrzehnte hinweg gezeigt hat, konnte er vor einigen Jahren die längst überfällige Anerkennung erfahren. Der Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin verlieh ihm 1996 die Ehrendoktorwürde und ein Jahr später führte

die Forschungsstelle Widerstand an der FU zusammen mit dem Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Tagung zu Opposition und Widerstand in der DDR durch. Ein von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel herausgegebener gleichnamiger Band versammelt nun die wichtigsten Beiträge dieser Konferenz. Im Grunde genommen ist es eine Festschrift für einen Mann, der in nuce vorweggenommen hat, was heute, zumindest was ihre Forschungsarbeit anbetrifft, die Arbeit einer eigenen Institution, der Gauck-Behörde, geworden ist.

Nach grundlegenden Überlegungen zum Stellenwert des Widerstands in der DDR von Fricke, Joachim Gauck und Peter Steinbach werden in zwei Abschnitten, die die Ära Ulbricht und die Ära Honecker umfassen, die wichtigsten Strömungen und Organisationen behandelt, die sich als Gegner des SED-Regimes einen Namen gemacht haben. Es beginnt mit der Opposition der Studenten (Klaus-Dieter Müller), der Schüler (Thomas Ammer) und der „Jungen Gemeinde“ (Reinhard Henkys) in den ersten Nachkriegsjahren, führt über die immer noch nicht unumstrittene Praxis der Ostbüros (Wolfgang Buschfort), der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (Roger Engelmann) und des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“ (Frank Hagemann) zur parteiinternen Opposition (Manfred Wilke/ Tobias Voigt) und zur Rolle der Wehrdienstverweigerung (Bernd Eisenfeld) bis zum Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung (Martin Jander), die Bürgerrechtsbewegung (Ehrhart Neubert) und zum innerparteilichen Machtkampf, der 1989 schließlich in der SED zum Sturz Erich Honeckers (Hans-Hermann Hertle) geführt hat.

Wer sich ein facettenreiches Bild davon machen will, mit welcher Massivität die verschiedenen Zentren des Widerstands in den fünfziger Jahren zerschlagen wor-

den sind, welches Maß an Resignation, nicht erst nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, sich unter den oppositionellen Kreisen breitmachte und wie lange es dauerte, bis sich schließlich seit dem Ende der siebziger Jahre trotz der systematischer werdenden Stasi-Aktivitäten Ansätze zu einer Bürgerrechtsbewegung ausbreiten konnten, der hat hier in gebündelter Form Gelegenheit dazu.

In dem thematisch breiten Spektrum wird auch deutlich, wie ungeklärt und offen heute noch zahlreiche Aspekte der Oppositions- und Widerstandsforschung sind. Das berührt nicht nur Fragen wie die nach dem Status der Flüchtlingsbewegung, sondern reicht bis in die Nervpunkte der Kategorien hinein. Zu Recht wird von Wilke und Voigt z.B. die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt legitim sein kann, im Falle der DDR den Begriff Opposition zu verwenden. Schließlich ist dieser alles andere als systemneutral und setzt die Existenz eines demokratischen Rechtsstaats voraus, in dem die parlamentarisch legitimierte Gegenmacht immer auch die Chance besitzt, selbst die Macht zu ergreifen und die Regierung zu stellen. Die Geschichte der inner- wie außerparteilichen Gegnerschaft zur SED zeigt, daß die Verwendung dieses Begriffs ein nachträglicher und schwer zu rechtfertigender Euphemismus ist. Weder unter Ulbricht noch unter Honecker hat es jemals ein fundamentum in re für eine Opposition gegeben. Die Spielräume mögen unterschiedlich gewesen sein, sie waren jedoch zu gering, um einen wirkamen politischen Reformprozeß in Gang setzen zu können. Gerade die Implosion der DDR hat das auf eine gespenstische Weise bestätigt. Der SED-Staat war historisch zum Untergang verurteilt, weil er kraft seiner Ideologie keine Sphäre einräumen konnte, die die Austragung gesellschaftlicher Widersprüche zugelassen hätte. Die Überzeugung, daß im Sozialismus der gesellschaftliche Antagonismus aufgehoben und deshalb jeglicher

Opposition der Boden entzogen sein müßte, weil die bürgerliche Klassengesellschaft überwunden wäre, trug in sich bereits den Keim des Scheiterns.

Wie das Verhältnis von Konformität und Aufbegehren, der unterschiedlichen Formen von Anpassung und Resistenz zu bewerten sind, hängt letztlich davon ab, wie der Systemcharakter des SED-Regimes zu definieren ist. Hatten wir es mit einer Diktatur im allgemeinen oder mit einer Erziehungs- bzw. Fürsorge-Diktatur im spezifischen Sinne, mit einem totalitären, einem autoritären oder einem post-totalitären Regime zu tun? Mit der Entscheidung für einen dieser Herrschaftstypen sind ganz bestimmte Implikationen und damit weitreichende Festlegungen verknüpft, was den Spielraum gesellschaftspolitischer Handlungsalternativen betrifft.

Aus einem Beschluß der Tagungsteilnehmer läßt sich die Hoffnung ablesen, daß die DDR-Forscher vielleicht doch nicht ein weiteres Mal in selbstverschuldeter Blindheit gegenüber politischer Macht verharren. Die von Falco Werkentin formulierte Kritik an der Haltung des BND, seine Akten der wissenschaftlichen Forschung auch weiterhin vorzuenthalten, führten zu einem gemeinsam verabschiedeten Brief an den BND, in dem dieser aufgefordert wurde, seine Widerstand und Spionage in der DDR betreffenden Bestände zugänglich zu machen. Karl Wilhelm Fricke erklärte umgehend seine Bereitschaft, in dieser Angelegenheit als Makler aufzutreten. Wie die Herausgeber in ihrem Vorwort dokumentieren, hat dieser Schritt immerhin zu einer Unterredung Frickes mit dem damaligen BND-Präsidenten Hansjörg Geiger geführt. Auch wenn dieser einen Zugriff von Historikern auf Archivalien der Organisation Gehlen nur in begründeten Einzelfällen für den Zeitraum zwischen 1946 und 1956 und nur unter der Voraussetzung der jeweiligen Zustimmung des Bundeskanzleramtes und eines

geregelten Verfahrens unter Einbeziehung des Bundesarchivs für denkbar hielt, so zeigt der Vorgang immerhin, daß eine Intervention auf diesem Gebiet nicht von vornherein als völlig aussichtslos gelten muß.

*Wolfgang Kraushaar*

Wie auch immer verschieden Historiker das Verhältnis von System und Lebenswelt gewichten und die einzelnen Etappen beleuchten mögen - die meisten sozialwissenschaftlichen Pathologen stimmen hierin überein.

Ulrich Mählert, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, konzentriert sich in seiner kurzen Gesamtdarstellung auf die politische Geschichte der DDR. Seine kommentierte Chronologie der laufenden Ereignisse deckt sich im wesentlichen mit den Erkenntnissen anderer Historiker. Allerdings ist das Buch an manchen Stellen leider nicht frei von tendenziöser Betrachtung. So wird zum Beispiel die sowjetische Nachkriegspolitik lediglich vom Sicherheitsinteresse der Großmacht her bestimmt oder werden die völkerrechtlich nicht verbindlichen Beschlüsse der Potsdamer Konferenz überbewertet. Die bürgerliche Opposition der ersten Jahre erwähnt Mählert nur am Rande, während er die SED-interne Opposition und deren Motive überhöht und teilweise verzerrt. Vor allem die deutsch-deutschen Beziehungen betrachtet der Autor sehr undifferenziert. Der Leser erfährt nicht, daß prominente Politiker der SPD und der Grünen auf die Geraer Forderung Erich Honeckers positiv reagierten und damit der SED den Weg für eine endgültige Zementierung der deutschen Teilung eröffneten, was eine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung 1989/90 verhinderte. Der sozial-liberalen Entspannungspolitik wird unkritisch attestiert, sie habe den „Zusammenhalt der Nation festigen“ sollen. Die Neben-Außenpolitik der SPD in den achtziger Jahren, die dazu führte, daß SPD-Politiker bis zum bitteren Ende die SED und nicht die Opposition stabilisieren wollten, bleibt folgerichtig unterbelichtet. Hinzukommende sachliche Fehler, etwa bezüglich der nur in West-Berlin durchgeführten Abstimmung über die KPD-SPD-Verschmelzung oder der Zerschla-

**Ulrich Mählert: Kleine Geschichte der DDR, Becksche Reihe, München 1998, 208 Seiten, DM 19, 80.**

Seit ihrem Verschwinden und dem Öffnen ihrer Archive ist die DDR unter den Sezierstift der Historiker geraten. Stück für Stück legen sie offen, was viele westliche DDR-Forscher vor 1989 verschwiegen haben: Dieser deutsche Teilstaat war ein Kind der Sowjetunion und eine von der SED beherrschte Diktatur.

gung von SED-Seilschaften, und sprachliche Ungeschicklichkeiten lassen das Buch wenig geeignet erscheinen, ein angemessenes Bild der DDR zu vermitteln. Dies mag an den immer gegebenen Nachteilen einer allzu knappen Gesamtdarstellung liegen, ist aber wahrscheinlich vor allem parteilichen Rücksichten geschuldet. Da der Autor auch eine Einordnung der DDR scheut, gibt das Buch über die Chronologie hinaus kaum Anregungen.

*Klaus Schroeder*

gung von SED-Seilschaften, und sprachliche Ungeschicklichkeiten lassen das Buch wenig geeignet erscheinen, ein angemessenes Bild der DDR zu vermitteln. Dies mag an den immer gegebenen Nachteilen einer allzu knappen Gesamtdarstellung liegen, ist aber wahrscheinlich vor allem parteilichen Rücksichten geschuldet. Da der Autor auch eine Einordnung der DDR scheut, gibt das Buch über die Chronologie hinaus kaum Anregungen.

*Klaus Schroeder*

**Frank Ernst: Von Bauern von „Anden-  
ren“. Handlungsstrategien unter sich  
verändernden ökonomischen und poli-  
tischen Bedingungen am Beispiel der  
mecklenburgischen Gemeinde Tranlin.  
(Stadtforschung aktuell, Bd. 77) Birk-  
häuser Verlag, Basel, Boston, Berlin  
1999, 145 S., DM 38,-.**

Wenn Westdeutsche in den siebziger und achtziger Jahren die DDR besuchten und ihren ersten Schock über die „erlittenen Repressionen“ bei der Grenzkontrolle überwunden hatten, fühlten sie sich oftmals in eine vergangene Zeit zurückversetzt. Die DDR wurde nicht mehr als Teil Deutschlands wahrgenommen, sondern vielfach als ein geschütztes Freiluftmuseum. Das Besondere an diesem Museum war nicht nur die relativ gut befestigte und bewachte Grenze gegen Eindringlinge und Flüchtlinge, sondern auch die Lebendigkeit der Bewohner. Hier lebten reale Personen mit zuweilen irritierenden Verhaltensweisen: Manchmal jubelten Zehntausende alten Greisen zu; junge Menschen wanderten uniformiert durch die Straßen; an den Stränden herrschte zumeist nackte Uniformiertheit; die Menschen trugen oftmals Klamotten, die es bei Hertie nicht einmal mehr im Sonderangebot gab; allerorten wurde gemockert, aber sobald ein „ausländischer Eindringling“ sich einmischte, schlug der Frust

oftmals in Verteidigung um; das eigene Geld bedeutete nichts; vor allem aber existierte überall Sehnsucht nach dem Unbekannten, das allabendlich via Fernsehschirm präsentiert wurde. Der Osten war fremd und anziehend zugleich.

Als sich die deutsche Vereinigung vollzog, lernten Westdeutsche ihre Heimat jenseits der Elbe kennen, so wie es ungleich mehr Ostler gerade mit dem größeren, dem westlichen Teil ihres Heimatlandes taten. Aber es kamen nicht nur Touristen, sondern auch Politiker, Beamte, Manager, Wissenschaftler, Geschäftemacher und wohl auch Ganoven und Verbrecher. Alle waren irgendwie am „Aufbau Ost“ beteiligt. Am wenigsten Schaden konnten dabei von vorn herein Geistes- und Sozialwissenschaftler anrichten, die ohnehin in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik auf den Elefanten des Objektivismus' reitend nur selten Spuren hinterließen. Insbesondere in den Jahren 1990 bis 1993/94 zogen sie durch die östliche Wildnis, um „spannendes“ Material zu sammeln, aufzubereiten und spezifischen Öffentlichkeiten in Form von Vorträgen, Aufsätzen und Büchern zu präsentieren. Es kam zu einem Publikationsboom, der abebbte, als sich der Osten als karrieretechnisch wenig geeignet erwies. Die hinterlassenen Schriften quälen nun jene, die sich weiter ernsthaft mit dem Osten beschäftigten und dabei auch die Schnellprodukte ihrer Kollegen und Kolleginnen aus der Anfangszeit der neuen „DDR-Forschung“ rezipieren müssen.

Auf einem Feld hat es relativ wenige solcher „Schnellschüsse“ gegeben, weil es nicht nur als eine anspruchsvolle Materie gilt, sondern - ernsthaft betrieben - naturgemäß auch lange Forschungszeiträume in Anspruch nimmt: auf dem Gebiet der Gemeindestudien. Natürlich gibt es hier bereits Ergebnisse und Publikationen bezogen auf Ostdeutschland, zumeist im synchronen Vergleich mit westdeutschen Gemeinden. Diese schnellen Vergleiche

haben zumeist den Nachteil, daß erprobte Forschungsmethoden einfach folienhaft auf den Osten gelegt werden, was empirische und analytische Nachteile, Unkorrektheiten und Verfälschungen fast zwangsläufig mit sich bringt. Insofern ist es notwendig, zunächst methodisch reflektierte und empirisch gesicherte Grundlagenforschungen zu betreiben. Zu welchen seriösen Ergebnissen dies führen kann, zeigt die vorliegende Studie aus einem mehrjährigen Gemeinschaftsprojekt.

1990 begannen mehrere Soziologiestudenten der Humboldt-Universität zu Berlin, ein altes Bauerndorf in Mecklenburg-Vorpommern soziologisch zu untersuchen. In der Studie heißt dieses Dorf „Tranlin“, „ein Pseudonym, zusammengesetzt aus den Silben Tran- für Transformation und -lin für die regional typische Wortendung“ (S. 11). So wie der Ortsname verfremdet worden ist, sind auch für alle anderen Eigennamen Pseudonyme gewählt worden. Die wichtigste empirische Grundlage der Arbeit bilden Interviews unterschiedlicher Methoden, die mit den Tranlinern zwischen 1990 und 1996 geführt worden sind.

Die forschungsleitende Fragestellung bezieht sich auf die realisierten „Handlungsstrategien der Akteure unter sich verändernden ökonomischen und politischen Bedingungen“ (S. 4). Dabei werden zwei Transformationsphasen untersucht: Einmal die Phase zwischen 1945 und 1960 (Bodenreform und Kollektivierung) und zum anderen die Transformation seit 1990. Die Veränderungen bzw. Kontinuitäten werden einerseits anhand des inneren Dorflebens bis 1945 und andererseits an der Dorfgeneration zwischen 1960 und 1989 reflektiert.

Der Vorteil der hier vorliegenden Studie besteht zunächst darin, daß Ernst Gemeindegliederungen, inoffizielle Gemeindestrukturen sowie Brüche und Kontinuitäten im Dorfalltag dicht und nachvollziehbar darstellt. Obwohl sich gewiß die folgende Schilderung auch für man-

ches Ausnahmedorf in den westlichen Bundesländern finden ließe, ist sie jedoch für östliche Dörfer bis 1989 charakteristisch: „Die Poststelle, ebenfalls ein entscheidender Ort öffentlicher Kommunikation, war ein kleiner im Flur des Hauses (des Bürgermeisters) dafür hergerichteter Raum, in dem man telefonieren, Telegramme und Briefe aufgeben, Pakete abholen oder empfangen, Briefmarken kaufen, die Zeitung ab- oder bestellen, Lottoscheine kaufen und aufgeben oder die Rente holen konnte. Das Telefon war öffentlich und eines der wenigen in der Gemeinde überhaupt. Wollte man telefonieren, mußte man das der Postfrau ansagen. Da man mit dem Telefon in einem offenen Raum stand, konnte jeder, der gerade auch auf der Post war, verfolgen, was gesprochen wurde. Die Postfrau stellte die Verbindung her, kontrollierte mit einer speziellen Uhr die Zeitdauer des Gesprächs für die spätere Bezahlung und schrieb Telefonnummer und Anrufer in ihr Postbuch. Telefonate wurden so zu öffentlichen Angelegenheiten.“ (S. 15)

Den eigentlichen Untersuchungsgegenstand bildet aber nicht der Alltag schlechthin, sondern das Verhältnis zwischen Bauern und den „Anderen“ zueinander und ihre verschiedenen gesellschaftlichen Rollen. In Tranlin gab es 16 Bauernhöfe, denen durchschnittlich 40 Hektar Wirtschaftsfläche zur Verfügung standen (S. 27). Im Gegensatz zu den Bauern stellten die „Anderen“ ein Konglomerat dar, das von Landarbeitern, Arbeitern, Handwerkern bis hin zu Umsiedlern, Pendlern, Büdnern und Häuslern reicht. „Die Arbeit, nicht der Besitz wird hier in den Mittelpunkt gestellt.“ (S. 46) Die Zuschreibung weist sowohl eine sozialhistorische Perspektive, als auch eine Selbstzuschreibung der Gemeindeglieder auf. Ein Bauernsohn blieb in der kulturellen und hierarchischen Zuschreibung der Dorfgemeinschaft auch dann statusmäßig ein Bauer, selbst wenn er als Arzt arbeitete und niemals hauptbe-



rufflich in der Landwirtschaft tätig war. Ebenso konnte ein Umsiedler niemals Bauer genannt werden, selbst wenn er in der LPG jahrzehntelang als Melker oder in herausgehobener Funktion tätig gewesen wäre. Der Versuch der SED, die LPG-Mitglieder pauschal als Genossenschaftsbauern zu bezeichnen, verfehlte insofern seine Wirkung, als diese Titulierung im konkreten Alltag folgenlos blieb.

Die Studie zeigt anschaulich, daß trotz veränderter Rahmenbedingungen und unterschiedlicher Machtverhältnisse die kulturelle Dominanz bei den Bauern verblieb und daß gegenseitige Abschottungstendenzen tatsächlich nie überwunden werden konnten. In der Kneipe, beim Dorffest oder bei der Sitzordnung in der Kirche saßen die Bauern und die „Anderen“ jeweils für sich. Auch das Heiratsverhalten war davon bestimmt. Die Barrieren waren unüberwindbar. Dies schlug sich letztlich auch in der inoffiziellen Struktur der Gemeinde nieder. Zwar hatte auch hier die SED formal das Sagen, aber an den tradierten Hierarchien konnte sie letztlich nichts ändern.

Die Untersuchung von Ernst zeigt eindrucksvoll, wie stark die Folgen der jeweiligen Transformation auf das Dorfleben und die Bewohner und Bewohnerinnen wirkten. Zunächst hat sich im Zuge der Zwangskollektivierung und der Etablierung der LPG die Dorfstruktur einschneidend verändert, als das gesamte offizielle Dorfleben auf die LPG ausgerichtet war. Sie war der Hauptarbeitgeber, sie war zuständig für die kulturellen und sozialen Belange, hier lag das eigentliche „dörfliche Machtzentrum“, auch wenn die SED selbstverständlich administrierte. Die LPG agierte natürlich nicht an der SED vorbei, sondern nur mit ihr im Verbund und unter ihrer Führung. Im Gegensatz dazu war die Gemeindevertretung eine Nominalveranstaltung. Selbst wenn Probleme zu lösen waren, für die eigentlich Gemeindevertretung oder Bürgermeister zuständig gewesen

wären, wandte man sich an die LPG, die Abhilfe leistete oder Unterstützung erfolgreich versicherte. Diese neue Dorfstruktur hatte zur Folge, daß 1990 das gesamte Überleben des Dorfes letztlich an der LPG hing. „LPG“ und „Dorf“ wurden von den Einwohnern beinahe synonym benutzt: Schafft es die LPG nicht, wird es auch das Dorf nicht schaffen.

Die LPG hat es in Tranlin nicht geschafft. Arbeitslos waren Anfang 1995 17,3 Prozent der Einwohner gemeldet (im Landesdurchschnitt beträgt die offizielle Arbeitslosenquote rund 20 Prozent, nur in Sachsen-Anhalt ist sie noch höher). Es folgten Abwanderung und bis heute sichtbarer Verfall.

Ernst verdeutlicht in seiner Studie die historischen, mentalen, aber auch gegenwärtigen Ursachen dafür. Dies geschieht nüchtern, sachlich und anschaulich. Alles in allem stellt dieses Buch eine gelungene Darstellung verschiedener Epochen in einer mecklenburgischen Gemeinde dar. Der Band wird als Beitrag zur Grundlagenforschung zukünftigen Untersuchungen komparatistisch von Nutzen sein.

Dieses Buch hätte allerdings noch an Gewicht gewinnen können, wenn es seinen eigenen Rahmen erweitert hätte. So wäre es methodisch interessanter gewesen, wenn sich der Autor entschlossen hätte, die Interviews turnusmäßig zu wiederholen, da sich bekanntlich gerade in Umbruchsphasen nicht nur Ängste, Vorstellungen und Wünsche schnell ändern, sondern auch die Einschätzungen über Vergangenheit und Gegenwart. Geradezu ärgerlich ist die fehlende Einordnung der Erkenntnisse in übergeordnete Zusammenhänge, Strukturen und Prozesse. Schließlich hätte dem Buch eine sorgfältigere sprachliche und grammatikalische Korrektur, ein gewissenhafteres Lektorat und ein solider Drucksatz gut zu Gesicht gestanden. Allein, daß die aus den Interviews entnommenen Zitate zum meist nicht terminiert sind, ist mehr als bedauerlich.

Insgesamt aber hat Ernst eine solide Untersuchung vorgelegt, die all jenen zu empfehlen ist, die Ausschnitte des ostdeutschen Alltags und der Gesellschaftsstruktur verstehen bzw. sich daran erinnern wollen. Dieses Buch zeigt eben, wie sehr die DDR ein behütetes Freiluftmuseum war, das trotz Stacheldraht und Todesstreifen seinen Charakter nicht sofort verlor, als beides verschwand.

*Ilko-Sascha Kowalczyk*

**Anne Hartmann, Wolfram Eggeling: Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945-1953. Edition Bildung und Wissenschaft, Band 7. Akademie Verlag, Berlin 1998. 426 S., DM 120,-.**

Die vorliegende Untersuchung thematisiert die enge Orientierung der SBZ und frühen DDR am Vorbild der Sowjetunion im Bereich der Kultur. Sie entstand im Rahmen eines bereits vor 1990 an der Ruhr-Universität Bochum konzipierten interdisziplinären (Germanistik/ Slawistik) DFG-Projektes „Sowjetkultur und literarisches Leben in der DDR. Geschichte und Strukturen eines Spannungsverhältnisses“.

Für die beiden Bochumer Literaturwissenschaftler eröffneten sich ungeahnte Möglichkeiten des Aktenzugangs. Sie recherchierten in den im Bundesarchiv zusammengefaßten Hinterlassenschaften der DDR, im Russischen Staatsarchiv für Literatur und Kunst (RGALI), das u.a. Nachlässe von Schriftstellern wie auch das Archiv der Auslandskommission des sowjetischen Schriftstellerverbandes enthält, sowie im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF). In letzterem kann z.B. der gesamte Briefwechsel der Alluniongesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (WOKS), d.h. mit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), der Sowjetischen Kontrollkommission

(SKK), der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) u.a. Institutionen der DDR nachgelesen werden.

Hartmann/Eggeling beschreiben anhand ihrer Archivfunde und ihrer Gespräche mit etlichen Zeitzeugen aus der ehemaligen Sowjetunion und der DDR sowie ihrer gründlichen Auswertung literarischer Werke und Memoiren deutscher wie sowjetischer Provenienz höchst differenziert und sachlich, wie das sowjetische Modell im Ostteil Deutschlands propagiert und durchgesetzt wurde. Sie konzentrieren sich bewußt auf die ersten acht Nachkriegsjahre, in denen die sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ/DDR am umfassendsten war und entscheidende strukturelle und mentale Weichenstellungen vorgenommen wurden, die die gesamte Existenz der DDR prägten.

Probleme bei der Strukturierung ihres Stoffes und der notwendigen Verallgemeinerung bestimmter Phänomene ergaben sich für die Verfasser offensichtlich aus der unterschiedlichen Materiallage, wodurch die insgesamt sechs umfangreichen Kapitel nicht immer ausgewogen proportioniert erscheinen. In einer kurz gefaßten Einleitung wird der von ihnen favorisierte Begriff des „sowjetischen Modells“ erläutert, der Politik, Ideologie, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur umfasse. Das sowjetische Kulturmodell sehen sie als Bestandteil dieses gesamten Gefüges: „Denn mit ‚Kultur‘ sind nicht nur die künstlerischen Werke oder etwa die Methode des sozialistischen Realismus gemeint, sondern auch deren Abhängigkeit von der Politik und die Vernetzung mit der Ideologie in ihrer Funktion, das Verhältnis zur Welt und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit zu klären und verbindlich zu bestimmen“. Hartmann und Eggeling grenzen sich von den in der Forschung diskutierten Begriffen „Sowjetisierung“ und „sowjetischer Einfluß“ ab, da diese lediglich einen „Transfer vom Geber zum Nehmer“ beschrie-

ben und nicht den „zweiseitigen Prozeß“ mit dem durchaus „eigenständigen Part“ der Deutschen (bei aller Abhängigkeit von der Sowjetunion), als der die Geschichte der „sowjetischen Präsenz“ im kulturellen Leben der SBZ/DDR zu verstehen sei.

Anschließend werden die durch die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und deren im eigenen Land praktizierte Kulturpolitik gesetzten Rahmenbedingungen in der SBZ/DDR nach 1945 skizziert und das Wechselspiel von „Kulturtransfer“ und Rezeption, verordneten Maßnahmen und ihrer Umsetzung beleuchtet. Das Bestreben, wichtige allgemeinpolitische Vorgänge in ihrem Bezug zu den spezifischen literaturpolitischen Prozessen zu charakterisieren, erweist sich insgesamt als Gewinn, wenn auch die detaillierte Darstellung der jeweiligen Vernetzung nicht immer gelöst erscheint: Z. B. wäre die unmittelbare Korrespondenz zwischen von der SED organisierter „Aktivistenbewegung“ und der kunstpolitischen Forderung nach dem „positiven Helden“ überzeugender herauszuarbeiten.

Breiten Raum nimmt die Beschreibung der Polarisierung und Frontenbildung unter den Intellektuellen in Ost und West in der Anfangsphase des Kalten Krieges ein, insbesondere im Kontext des I. Deutschen Schriftstellerkongresses in Berlin im Oktober 1947 und des Wroclawer Kongresses der Intellektuellen zur Verteidigung des Friedens im August 1948. Eingehend erörtert wird die widersprüchliche Tätigkeit der sowjetischen Kulturoffiziere (vor allem Tjulpanow und Dymshitz), die einerseits den deutschen Klassikern ihre Reverenz erwiesen und andererseits bereits spätestens ab 1948 die in der Sowjetunion vorherrschende engstirnige Kunstdoktrin des „sozialistischen Realismus“ als künstlerisches Vorbild durchzusetzen hatten. Die zu beobachtende anfängliche kulturpolitische Großzügigkeit dieser Offiziere entsprach

der zunächst abwartenden Deutschlandpolitik der Sowjetunion.

Das letzte und umfassendste Kapitel ist der Versuch, mit der Darstellung von Delegationsreisen deutscher Schriftsteller in die Sowjetunion sowie mit „Ausschnitten der jeweils anderen Literatur“ die „gegenseitige Wahrnehmung“ zu rekonstruieren, gleichsam als „Kommentar“ zu der vorab behandelten Kulturpolitik und Institutionengeschichte. Ob die hier gewählte Methode die psychologische Wirkung der allseitigen „sowjetischen Präsenz“ hinreichend genau beschreibt, darf wohl bezweifelt werden.

Der Focus dieser Arbeit auf die schöne Literatur ist offensichtlich dem literaturwissenschaftlichen Schwerpunkt des Projekts geschuldet. In der Tat war die Literatur in der Sowjetunion (und damit auch in der SBZ/DDR) in der Hierarchie der Künste besonders hoch angesiedelt, so daß ihr eine Stellvertreterfunktion zukam. Zur sowjetischen Präsenz im kulturellen Leben gehören auch die nicht minder „bewußtseinsbildenden“ künstlerischen Bereiche Film, Musik (insbesondere das Liedschaffen), Bildende Kunst und Architektur, die ebenso zu berücksichtigen wären wie die gleichzeitige Entwicklung in Schule, Universität und Wissenschaft. Ein Desiderat künftiger Forschung bleibt die Analyse des Zusammenwirkens sowjetischer Besatzungs- und Kontrollorgane mit den Instanzen von Partei, Staat und gesellschaftlichen Organisationen der SBZ/DDR.

Insgesamt handelt es sich bei dieser Studie um einen außerordentlich material- und kenntnisreichen und zudem gut lesbaren Beitrag zu der lebhaft geführten Auseinandersetzung um die Frage nach den Auswirkungen des nach 1945 so nachdrücklich in einem Teil Deutschlands propagierten „sowjetischen Modells“ und damit nicht zuletzt zu einer Mentalitätsgeschichte der DDR.

*Dagmar Buchbinder/ Horst Laude*

**Dieter Geulen: Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz. Leske & Budrich, Opladen 1998, 351 Seiten, DM 48,-.**

Seit dem Untergang der DDR und der nachfolgenden deutschen Vereinigung wissen wir durch intensive Forschungsarbeiten inzwischen sehr viel über das Herrschafts- und Gesellschaftssystem der DDR, wenig jedoch über die Wirkungen eines totalitären Erziehungssystems und die daraus resultierenden Folgen für das politische Bewußtsein und das Alltags-handeln. Diese Lücke hat der FU-Erziehungswissenschaftler Dieter Geulen mit seiner Studie zur politischen Sozialisation in der DDR ein Stück weit geschlossen.

Durch autobiographische Gruppengespräche mit ehemaligen DDR-Bürgern aus der staatstragenden Intelligenz versucht der Autor herauszufinden, inwieweit die im Laufe der Jahrzehnte immer mehr von der SED zentralisierte und gelenkte Sozialisation zu einem einheitlichen politischen Denken und Handeln führte. Seine Ergebnisse sind nicht nur für die Beurteilung der DDR aufschlußreich, sondern verdeutlichen auch den Hintergrund der Probleme dieses Personenkreises im vereinten Deutschland.

Die SED produzierte keineswegs, wie von ihr beansprucht, die genormte „allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit“. Dennoch blieben die aus den Unterschieden in Herkunft, Alter oder Freundeskreis resultierenden individuellen Spielräume eng begrenzt. Gerade in der Intelligenz scheint sich ein großer Konsens in den zentralen Fragen zu Staat und Gesellschaft herausgebildet zu haben.

Die politischen und ideologischen Belehrungen in Schule und Universität haben die meisten Befragten weitgehend passiv hingenommen und prinzipiell akzeptiert.

Der DDR-Sozialismus wurde – trotz aller Kritik im Detail – grundsätzlich bejaht und positiver gesehen als der andere deutsche Teilstaat. Ihre DDR-Identität speiste sich nicht zuletzt aus der Abgrenzung zur kapitalistischen BRD, die sie sogar aufgrund ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit als Bedrohung empfanden. Das in dieser sozialen Gruppe im Jahre neun nach der Vereinigung weit verbreitete Gefühl, „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, scheint hier eine Wurzel zu haben.

Das positive Bild vom DDR-Sozialismus wurde zwar durch die von der SED-Propaganda und der sozialistischen Ideologie abweichende Alltagsrealität getrübt, aber nicht ernsthaft in Frage gestellt. Die sozialistische DDR blieb trotz aller Widrigkeiten ihre Heimat, auf die sie stolz waren.

Erstaunlicherweise entwickelten die jüngeren Jahrgänge trotz der stärkeren Prägung durch staatliche Einrichtungen ein kritischeres Verhältnis zu Partei und Staat. Als Alternative zu der als spießig und konsumorientiert empfundenen DDR schwebte ihnen indes ein ökologischer Sozialismus und nicht etwa die kapitalistische Bundesrepublik vor. Diese Auffassung teilten sie mit vielen ihrer Altersgenossen im Westen und unterschied sie von der Mehrheit der Bevölkerung.

Als weiteres überraschendes Ergebnis seiner Befragungen stellt Geulen fest, daß die befragten Vertreter der DDR-Intelligenz unter Sozialismus vor allem eine umfassende staatliche Fürsorge verstanden. Die in Ostdeutschland heute wieder verstärkt anzutreffende Forderung nach mehr Sozialstaat dürfte hieraus resultieren.

Vom Zusammenbruch der DDR und der nachfolgenden Vereinigung wurden die Befragten völlig überrascht. Zwar sympathisierten sie überwiegend mit den von Gorbatschow angestrebten sozialismus-immanenten Reformen, einen Sturz des Systems aber wünschten sie nicht. Tat-

sächlich verhielten sich große Teile der DDR-Intelligenz in der turbulenten Zeit des Herbst 1989 eher abwartend als demonstrierend.

Die doch erheblichen Nachwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR werden bei der Beurteilung des Scheiterns dieses sozialistischen deutschen Teilstaates deutlich. Verantwortlich hierfür seien die falschen Personen an der Spitze von Partei und Staat und nicht das System selbst. Der Sozialismus an sich bleibe eine gute Sache und sei reformfähig gewesen. Dagegen stand nur der Starsinn der greisen SED-Führungsriege. Strukturelle Defizite und Schwächen des Systems werden nicht gesehen.

Entsprechend unkritisch fällt die Beurteilung der eigenen Rolle aus. Fast alle Befragten sehen sich als „betrogene Opfer“ und nicht etwa als mitschuldige Verantwortliche dieser Diktatur. Dies kann durchaus als später Erfolg der politischen Sozialisation in der DDR, die der Individualität und damit der individuellen Verantwortung wenig Platz einräumte, beurteilt werden. Für die politische Kultur im vereinten Deutschland stellt es freilich eine schwere Hypothek dar.

Dem Erziehungswissenschaftler Dieter Geulen ist es mit diesem Buch gelungen, die Innensicht der DDR und der sie tragenden Gruppe der Intelligenz auszu-leuchten. Die Lektüre sei jedem empfohlen, der mehr Aufklärung über das tatsächliche Leben in der DDR wünscht.

*Klaus Schroeder*

**Seyla Benhabib: Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne, mit einem Nachwort von Otto Kallscheuer, aus dem Amerikanischen übersetzt von Karin Würdemann, Rotbuch-Verlag, Hamburg 1998, 350 S., DM 48,-.**

Innerhalb der Hannah Arendt-Renaissance der letzten Jahre nimmt das Buch der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Seyla Benhabib eine besondere Position ein. Benhabib betrachtet Hannah Arendts Arbeiten aus der Perspektive der Kritischen Theorie und der deliberativen Demokratietheorie. Insgesamt geht sie dabei einen zwiespaltenen Weg: einerseits den einer bewundernden, ja verehrenden Darstellung der unkonventionellen Denkerin, aus einer Haltung "geistiger Nähe", wie sie in der Einleitung bekennt; andererseits kleidet sich Benhabib in das Postulat, „nicht nur eine Neuinterpretation von Hannah Arendts Denken, sondern auch eine Revision“ vornehmen zu wollen, und führt schüchtern den Dolch des Muttermordes im Gewande. Auf dem Weg durch das Arendtsche Textlabyrinth legt die Harvard-Professorin den Begriff der politischen Öffentlichkeit als analytischen Ariadefaden an.

Die Zivilgesellschaft, als Trägerin und Ort assoziativ verfaßter politischer Öffentlichkeiten steht auch im Zentrum des prozeduralen Politikbegriffs der deliberativen Demokratietheorie. Dieser Vorstellung nach entscheidet, idealtypisch gesprochen, der zwanglose Zwang des besseren Arguments in einem Diskurs freier und gleicher Bürger über politische Problemlösungen. Als einer der wichtigsten aktuellen Vertreter der deliberativen Demokratietheorie gilt Jürgen Habermas, mit dem auch Seyla Benhabib seit den frühen 70er Jahren in enger Verbindung steht. Die Korrespondenz zu Hannah Arendts kommunikativem Machtbegriff, d.h. ihrer Vorstellung, ohne die Existenz eines öffentlichen Raumes, wo im „Zwi-

schen“ der Menschen überhaupt erst „Welt“ und im miteinander Sprechen und Handeln Politik entsteht, erscheint naheliegend. So scheint die Melancholische Denkerin der Moderne für die Autorin auch ein Stück weit Vergegenwärtigung der eigenen Wurzeln zu sein.

Gemäß ihres roten Fadens und des Anspruches einer Neubewertung rückt Benhabib die historischen und politischen Schriften Hannah Arendts, in erster Linie *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* und *Über die Revolution*, ins Zentrum, statt wie gemeinhin *Vita Activa*. Die Untersuchung beschränkt sich jedoch nicht auf die Hauptwerke – im Gegenteil. Mit beeindruckender Textkenntnis nähert sich Benhabib dem Denken Hannah Arendts immer wieder vom vermeintlichen Rand her – über Essays, Vorträge, Unveröffentlichtes aus dem Nachlaß, Interviews und nicht zuletzt über die umfangreichen Briefwechsel –, wo charakteristische Züge oft unvermittelter und klarer zu Tage treten als in den großen Schriften. Das macht, am Rande bemerkt, eine der wesentlichen Besonderheiten und Stärken des Buches aus.

Komplementär zu den Detailkenntnissen liefert Benhabib, wo es notwendig ist, Einordnungen Hannah Arendts ins philosophiegeschichtliche Koordinatensystem. Dabei beleuchtet sie sowohl bekannte Bezüge, zum Beispiel zu Aristoteles oder Heidegger, als auch manchmal weniger gern gesehene theoretische Wahlverwandte Hannah Arendts, wie Rosa Luxemburg oder Walter Benjamin. Der spezifische Hintergrund der Autorin eröffnet dem Leser darüber hinaus einen breiten und verlässlichen Einblick in die englischsprachige und feministische Rezeption.

Als Ausgangspunkt ihrer Analyse nimmt die 1950 in Istanbul geborene Benhabib Arendts wenig beachtete Biographie *Rahel Varnhagen. Leben einer deutschen Jüdin aus der Romantik*. In deutlicher Anlehnung an Habermas' „Strukturwan-

del der Öffentlichkeit“ sieht sie in Arendts Darstellung des Berliner Salonlebens Idealtypen zivilgesellschaftlicher Verständigungsräume und in der Ausgrenzung des „Paria“ Rahel symptomatische Grundparadoxien gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse der Moderne, nämlich die Dialektik von juridischer Gleichheit und faktischer Differenz. Dennoch hebt ihre Interpretation des Rahel-Buches den „Aufstieg des Gesellschaftlichen“ in den öffentlichen Raum hervor; die späteren Arbeiten Hannah Arendts, v.a. die Totalitarismus-Studie und das Revolutionsbuch, versteht die amerikanische Politologin demgegenüber in erster Linie als Analysen des systematischen Zerfalls bzw. der aktiver Zerstörung politischer Öffentlichkeit.

Wenn Benhabib im weiteren Verlauf fast das gesamte Werk bzw. das Nachdenken Hannah Arendts untersucht, betont sie zwei elementare Prägungen der politischen Theoretikerin. Zum einen ist dies die „Schule des Lebens“, d.h. die Erfahrung leibhaftig in die eigene Biographie eingreifender Politik, die der Ausgegrenzten, Vertriebenen, Heimat- und Staatenlosen nach 1933 „zur übermächtigen und unentrinnbaren Tatsache ihres Lebens“ wurde. Zum anderen ist es die Existenzphilosophie der 20er Jahre, gewissermaßen die Schule ihres begrifflichen und analytischen Handwerkszeugs. Die Dualität dieser doppelten intellektuellen Orientierungen, die sich als systematische Mehrdeutigkeiten bis in die Begriffe Hannah Arendts fortsetzen, und mit denen sich jede Interpretation ihrer Schriften konfrontiert sieht, spaltet auch Benhabibs Haltung und Herz.

In dem am wenigsten überzeugenden Mittelteil des Buches versucht die feministische Theoretikerin der „Mutter, die sich uns entzieht“ mit der Gretchen-Frage nach der Unterscheidung von öffentlich und privat zu Leibe zu rücken. An der Frage stört in erster Linie die rein text-didaktische Funktion. Denn ihr Ur-



teil hatte die Frankfurter Schülerin bereits in einem früheren Aufsatz gesprochen: Arendts Konzept der (vermeintlichen!) Trennung von öffentlichen und privaten Belangen „paßt nicht zur modernen gesellschaftlichen Wirklichkeit, läßt sich auch nicht mit dem modernen politischen Kampf um Gerechtigkeit vereinen“. Folgt man Benhabib, muß an dieser Stelle mit dem Pathos normativer Entschiedenheit über Hannah Arendt hinausgegangen werden. Spitzt man Benhabibs Position zu, dann sollte – bei allem Respekt vor Hannah Arendts vor-denkerischer Leistung – , wer Zeitgemäßes zu Fragen der politischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft erfahren möchte, besser Habermas & Co lesen!

Aber die Kapitelüberschrift „Mit Arendt gegen Arendt“ deutet bereits in unfreiwilliger Zweideutigkeit an, daß Benhabib letztlich kaum über Arendt hinauskommt. Statt Hannah Arendt am Kulminationspunkt ihrer Kritik selbst die Zähne zu zeigen, hüllt sich Benhabib in den Schafspelz eines Zitats ihrer Kollegen Cohen und Arato: „Könnte nicht das verschmähte Gebiet des Gesellschaftlichen im Zusammenhang mit Bewegungen, die eine neue öffentliche Sphäre bilden und dadurch zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen vermitteln, letztlich zum Schauplatz einer Repolitisierung werden?“

Von dieser rhetorischen Frage aus kehrt Benhabib am Ende nämlich insgeheim zu Hannah Arendt zurück. Im Kern des letzten Kapitels elaboriert sie Arendts Begriff des moralischen Urteilens und dessen Wurzeln in Kants Modell der „erweiterten Denkungsart“. Wenn Benhabib in diesen Passagen von der Fähigkeit schwärmt, im politischen Urteil stets den Standpunkt anderer zu berücksichtigen, gleichsam im permanenten moralischen Dialog mit allen Beteiligten zu stehen, entwirft sie im Grunde ein Idealbild des mündigen Bürgers, nach dem sich die Theoretiker des kommunikativen Han-

delns bzw. deliberativer Demokratie stets sehnen. Allerdings bleibt sie es schuldig, von hier aus eine eigene Vorstellung politischer Öffentlichkeit zu skizzieren. Daran hätte man sowohl ihre konkrete Kritik an Hannah Arendt, als auch die gedanklichen Ansätze, die die Harvard-Professorin für fortführens-wert erachtet, besser ablesen können.

Nicht ganz widerspruchsfrei zur inhaltlichen Kritik steht als Glanzstück des Buches ein herausragendes Portrait der „Methodik“ Hannah Arendts, d.h. ihres einzigartigen Denk- und Schreibstils „ohne Geländer“. Im Begriff der moralischen Geschichtenerzählerin bündelt Seyla Benhabib das – stark von Walter Benjamin inspirierte – konstruktivistische Geschichtsverständnis Hannah Arendts. Danach ist in der Moderne die Kontinuität von Geschichte verlorengegangen, Vergangenheit nicht mehr tradierbar, sondern nur mehr in „Denkbruchstücken“ zitierbar. Der historische Forscher gleiche dem Perlentaucher, der sich in die Tiefen der gemeinsamen Vergangenheit begibt, um dort „das Reiche und Seltsame, Perlen und Korallen, herauszuberechnen und als Fragmente an die Oberfläche des Tages zu retten“, schreibt Hannah Arendt in ihrem Essay über Walter Benjamin. Durch die Darstellung Benhabibs wird verständlich, daß die fragmentarische, auf urtypische Kristallisationsformen bedachte Suche von Hannah Arendts Schriften notwendig den Verzicht auf einen alles umfassenden theoretischen Überbau bedingt. Visionäre Großtheorien waren der brillanten politischen Theoretikerin suspekt. „Proben politischen Denkens“ nennt Hannah Arendt im Untertitel ihr, nach eigener Aussage, bestes Buch – die Essaysammlung *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*.

Studien über Politik entsprechen diesem Verständnis nach Übungen moralischen Urteilsvermögens, einem anspruchsvoll schlichtem „bedenken, was wir tun“. Ge-

schlossene Handlungsmodelle gleichen einer Vernetzung der Begriffskristalle Sprechen und Handeln als wesensverwandte Existenzformen ohne „genau feststellbare Anfänge und Enden, etwa so wie Wellen im Wasser“, und Politik selbst nimmt die Gestalt eines „Bezugsgewebes menschlicher Angelegenheiten und der in ihm dargestellten Geschichten“ an. – Da windet sich die deutsche Akademikerseele. Wenn das kein Anlaß ist, Hannah Arendt wieder neu zu lesen!

*Thomas Wild*

**Roger Bromley, Udo Göttlich und Carsten Winter (Hrsg.): Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung, aus dem Englischen von Gabriele Kreuzner, Bettina Suppelt und Michael Haupt, zu Klampen Verlag, Lüneburg 1999, 389 S., DM 48,-.**

Was sind Cultural Studies? Hinter dem Begriff verbirgt sich weniger eine festgefügte Disziplin, vielmehr ein "Projekt und seine Formationen", wissenschaftliche, politische, pädagogische, und noch zahlreiche ungeahnte. Sie erforschen das Verhältnis von Kultur und Politik, von Micky Mouse und Verfassungstext, von Arztroman und Gesundheitsreform. Insgesamt geht es um das Verwobensein von Alltagserfahrung und Staatsapparat. Über Gestalt und Bedeutung dieses spannungsreichen Verhältnisses führt nicht zuletzt die deutsche Zeitgeschichtsforschung hitzige Debatten.

Seit ihren Anfängen im Großbritannien der 50er und 60er Jahre ist es die Intention der Cultural Studies, Herrschaftsverhältnisse, "unbewußte Strukturen" aufzudecken. Zu dieser Zeit strebte man in erster Linie danach, in marxistischer Tradition mittels einer dezidiert anti-elitären Aufwertung von Populärkulturen Bewußtseins- und Emanzipationspotentiale unterer Gesellschaftsklassen freizusetzen. Nicht zufällig stammen einige Pioniere

der Cultural Studies aus dem Kontext der Erwachsenenbildung. Seit den 70er Jahren formieren sich strukturalistische Herangehensweisen zu einem zweiten Paradigma innerhalb der Cultural Studies. So gehören heute unter anderem Informationstechnologien, Cyberkulturen, Körperdiskurse oder Identitätsfragen zu ihren vielfältigen Themen. Dem fortwirkenden, auf aktive Einmischung angelegten Selbstverständnis der frühen Jahre stehen mittlerweile unverkennbare Disziplinierungserscheinungen, z.B. in Form von universitären Instituten oder auch Einführungsbüchern, gegenüber.

Dem Verdikt der Disziplinungebundenheit versucht der vorliegende Band dennoch treu zu bleiben. Er trägt nicht den Charakter eines Lehrbuchs, sondern eher den einer Textsammlung, eines Readers. Flankiert von zwei einleitenden Aufsätzen der Herausgeber zur allgemeinen Entwicklungsgeschichte sowie der deutschsprachigen Rezeption der Cultural Studies, liest man – erstmals in deutscher Übersetzung – gewissermaßen die zentralen "Originaltexte". Darunter finden sich zum einen Auszüge der textlichen "Gründungsväter": Richard Hoggarts *The Uses of Literacy*, Raymond Williams' *Culture and Society* sowie die Rezension E.P. Thompsons, dem Autor von *The Making of the English Working Class*, zu Williams' Standardwerk *The Long Revolution*. Zum anderen geben theoretisch reflektierende Aufsätze, etwa von Stuart Hall, sowie Beiträge aus der Populärkultur- und Medienforschung, z.B. von John Fiske oder Ien Ang, einen Einblick in aktuelle Entwicklungen.

Den Texten sind jeweils kurze Einführungen zu Biographie, Gesamtwerk und Stellung des Autors innerhalb der Cultural Studies vorangestellt - eine editorische Dienstleistung, die sich einführende Sammelbände dieser Art allgemein zum Vorbild nehmen sollten. Nichts desto trotz bleiben einige Texte, vor allem wenn es sich um Auszüge aus Büchern

handelt, ein wenig zusammenhangslos und ohne eine weiterführende Auseinandersetzung schwer verständlich, was dem Leser jedoch durch häufig fehlende Literaturangaben nicht gerade erleichtert wird. Beispielsweise läßt sich zwar zahlreichen Texten entnehmen, daß Antonio Gramsci für einen bestimmten Strang der Cultural Studies von zentraler Bedeutung ist. Im Literaturverzeichnis sucht man jedoch vergebens nach Angaben zu Gramscis Arbeiten. Oder lautet hier die Botschaft, daß als Eintrittskarte für den antielitären Diskurs ein Mindestmaß an spezifischem Herrschaftswissen nötig ist?

Insgesamt entwirft die Vielzahl der eigensinnigen Texte eine plastische Vorstellung des breiten Panoramas der Cultural Studies. Wenn Williams am Ende seiner Darlegung zum Konzept der "gesamten Lebensweise" pathetisch Resümee zieht, die "menschliche Krise ist immer eine Krise des Verstehens: was wir wirklich verstehen, können wir auch tun", und E.P. Thompson im unmittelbar folgenden Kapitel in Bezug auf Williams feststellt, "mit all diesen abstrakten Spiralen und Windungen ist gar nichts bewiesen", kommt man nicht in Versuchung, die Existenz einer herrschenden Lehrmeinung anzunehmen. Die Herausgeber scheuen sich auch nicht, umstrittene Autoren wie Johns Fiske zu Wort kommen zu lassen, dessen Thesen sich folgendermaßen lesen: "Wenn wir Madonnas Songs und Videos analysieren ... und mit einer soziokulturellen Theorie (...) verbinden, können wir vorhersagen, daß einige Fans von Madonna ihre Songs und Videos usw. auf gesellschaftlich progressive Weise verwenden werden." Dem wird im Beitrag von Douglas Kellner entgegnet: "Es gibt jedoch innerhalb der Cultural Studies die Tendenz, den Widerstand an sich zu zelebrieren, ohne zwischen Widerstandsformen und -typen zu differenzieren."

Die Herausgeber machen darauf aufmerksam, daß das Wissenschaftsver-

ständnis der Cultural Studies, unterschiedliche disziplinäre Perspektiven und methodische Zugänge zusammenführen und "komplexe inhaltliche Fragestellungen ... gerade auch in ihrer Widersprüchlichkeit" nutzen zu wollen, quer liege zum deutschen Universitätssystem, das auf disziplinäre Differenzierung, fachliche Spezialisierung und Vertiefung von Wissen angelegt ist. Für das bisherige Produkt dieser Kreuzung, die deutschen Kulturwissenschaften, habe Dirk Baecker einmal die Beschreibung "garbage can" (Mülltonne) geliefert, was er selbstverständlich "nicht wertend, sondern deskriptiv versteht."

*Thomas Wild*